Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 30. Dezember 2010
Ausgabe 250

Das Presse- und Informationsamt
dankt für die gute Zusammenarbeit
und wünscht einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **2**
› Abfallwirtschaftsbetrieb München senkt erneut die Gebühren 2
› Unfallkasse München am 7. Januar geschlossen 4

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Sonntag, 2. Januar, 14.45 bis 15.30 Uhr (im Anschluss an die Mannschaftsführersitzung des FIS-Parallelslaloms), Pressezentrum im Olympiastadion, Spiridon-Louis-Ring 8
Oberbürgermeister Christian Ude, DSV-Präsident Alfons Hörmann, München 2018-Sportbotschafterin Martina Ertl-Renz und der Geschäftsführer der Bewerbungsgesellschaft München 2018, Bernhard Schwank, sprechen im Rahmen einer Pressekonferenz über die Bedeutung des FIS-Weltcup-Parallelslaloms auf dem Olympiaberg für München und den Wintersport in München.
Um Anmeldung unter *presse@muenchen2018.org* bis Freitag, 31. Dezember, wird gebeten.

Mittwoch, 5. Januar, 14.20 Uhr, Lichtingerstraße 17
Stadträtin Dr. Constanze Söllner-Schaar (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Anna Felbermayer im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

Meldungen

Abfallwirtschaftsbetrieb München senkt erneut die Gebühren
(30.12.2010) Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) bedankt sich mit einer deutlichen Gebührensenkung für 2011 und 2012 bei den Münchner Bürgerinnen und Bürgern für ihre große Bereitschaft zum Mülltrennen. Die Senkung der Müllgebühren hatte der Stadtrat bekanntlich am 21. Oktober beschlossen. Die Senkung der Münchner Müllgebühren – sie liegt je nach Behältergröße für Privathaushalte zwischen 1,7 und 13 Prozent - läuft gegen den allgemeinen Trend der Verteuerungen.
Obwohl die Einwohnerzahlen zugenommen haben, sind die Restabfallmengen mit rund 300.000 Megagramm (Mg= Gewichtstonne) auf dem Niveau des Vorjahres stehen geblieben. Auch in diesem Jahre konnten rund 100.000 Mg Altpapier und 40.000 Mg Bioabfälle separat gesammelt und verwertet werden. Unter den deutschen Großstädten ist München damit weiterhin Spitzenreiter bei der Abfalltrennung und Verwertung.
Ein weiterer Baustein für die vorbildliche Mülltrennung sind die Wertstoffhöfe. Sie erfreuen sich bei den Münchnern großer Beliebtheit. Die dort gesammelten Abfallmengen nähern sich zwischenzeitlich der 100.000 Mg-

Marke. Besonders erfreulich ist hierbei, dass die Verwertungsquote bei diesen Materialien über 80 Prozent beträgt. Eine deutliche Steigerung hat es beim Einsammeln von Elektroaltgeräten (plus 12 Prozent) gegeben. Die in 2010 gesammelte Menge beträgt rund 8.600 Mg. Damit liegt die spezifische Erfassungsmenge pro Einwohner und Jahr jetzt bei 6,5 Kilogramm und damit 60 Prozent über der EU-Zielvorgabe. Diese liegt bei 4 Kilogramm pro Einwohner.
Gabriele Friderich, Erste Werkleiterin des AWM, erklärt: „Durch diese vorbildliche Mülltrennung in München können wir zum dritten Mal in Folge die Müllgebühren senken. So liegen wir im bundesweiten Großstadtvergleich nach wie vor im unteren Drittel. Hier wird der Vorteil der Abfallwirtschaft in kommunaler Hand deutlich. Wir haben gezeigt, dass ein kommunaler Betrieb wirtschaftlich und kostendeckend arbeiten kann. Diese Effizienz des AWM kommt direkt den Münchner Bürgerinnen und Bürgern zugute."
Im Sinne der Daseinsvorsorge steht der AWM dafür, kostengünstige und zuverlässige Leistungen bei gleichzeitig hoher Qualität der Entsorgung zu bieten. Gabriele Friderich begründet dies damit, dass: „der wirtschaftliche Erfolg, den der AWM erzielt, nicht in die Taschen weniger fließt, wie dies in der Privatwirtschaft der Fall ist, sondern vielmehr wird dieser im Sinne des Gemeinwohls an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben."
Helmut Schmidt, Zweiter Werkleiter des AWM, nennt drei Einflussfaktoren, die die aktuelle Gebührensenkung möglich machen: „In erster Linie sind dies das konsequente Kostenmanagement des AWM in Form von kontinuierlichen Verbesserungen in der Verwaltung und Logistik unseres Betriebs, dann die guten Verwertungserlöse der getrennt gesammelten Wertstoffe und als dritter Faktor darf die Auslastung der Müllverbrennungsanlage (MVA) mit Fremdmüll nicht unerwähnt bleiben."
„Während das Kostenmanagement direkt vom AWM gesteuert und beeinflusst wird, sind wir im Bereich der Müllverbrennung und Wertstoffvermarktung von anderen Marktteilnehmern abhängig", so der Zweite Werkleiter Helmut Schmidt. Denn zur Auslastung der bestehenden Kapazitäten in der MVA wird nicht nur Restmüll aus München, sondern auch Abfall aus anderen Kommunen unter höchsten Umweltstandards verbrannt und ganzjährig zur Erzeugung von Strom und Fernwärme genutzt. Die hierdurch erzielten Mehreinnahmen kommen wiederum den Münchner Gebührenzahlern zugute."
Erfreulich war die Entwicklung der Marktpreise im Bereich der Wertstoffe. Die Verwertungserlöse für Papier lagen im März 2009 noch bei 5 bis 10 Euro pro Tonne Altpapier. Heute liegt der Preis bei 70 bis 80 Euro pro Tonne. Hier zahlt sich die gute Mülltrennung der Münchner Bürgerinnen und Bürger besonders aus.

Serviceorientierung ist dem AWM wichtig

„Serviceorientierung ist uns besonders wichtig", betont Gabriele Friderich. „Deshalb haben wir unser Leistungsspektrum erweitert und bieten neue Dienstleistungen für die Münchner Bürgerinnen und Bürger. Hierzu gehören der Vollservice 15plus, die Tonnenreinigung sowie abschließbare Tonnen."

Zur Serviceoptimierung gehört für den AWM auch die Errichtung von drei so genannten Großmengen-Wertstoffhöfen in München. Im Sommer 2011 soll es den ersten Spatenstich für den Wertstoffhof an der Lindberghstraße geben, als Ersatzstandort für den inzwischen viel zu klein gewordenen Wertstoffhof an der Wilhelm-Wagenfeld-Straße.

Der AWM erwartet im kommenden Jahr die Baugenehmigung für den Wertstoffhof an der Mühlangerstraße, wo der Neubau für 2012 geplant ist. Ein dritter Wertstoffhof soll in Perlach entstehen.

Unfallkasse München am 7. Januar geschlossen

(30.12.2010) Aus betriebswirtschaftlichen Gründen und wegen Jahresabschlussarbeiten bleibt die Dienststelle der Unfallkasse München am Freitag, 7. Januar, geschlossen. Ab 10. Januar steht die Unfallkasse München, Ungererstraße 71, 80805 München, Telefon 36 09 33 85, Fax 36 09 32 02, erreichbar mit der U 6, Haltestelle Nordfriedhof, wieder wie gewohnt zur Verfügung.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 30. Dezember 2010

Sanierung der U-Bahnhöfe in München
Antrag Stadträte Hans Podiuk, Manuel Pretzl, Josef Schmid und Mario Schmidbauer (CSU)

Einbürgerungsverfahren in München beschleunigen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de

ANTRAG
30.12.10

Sanierung der U-Bahnhöfe in München

Dem Stadtrat wird dargestellt,

- welche U-Bahnhöfe in München welchen Sanierungsbedarf haben,
- an welchen Bahnhöfen bauliche Maßnahmen notwendig sind, um sie den steigenden Fahrgastzahlen anzupassen,
- welche Sanierungs-/Umbauprioritäten die MVG setzt,
- welche Kosten dies ausmacht,
- wie die Sanierung finanziert wird.

Begründung:

Dass der U-Bahnhof Marienplatz ein Sorgenkind ist, wissen wir seit langem, das Baureferat versicherte im Sommer, nun endlich die Lösung gefunden zu haben. Auch der U-Bahnhof Sendlinger Tor ist ein „alter Bekannter“, dessen Sanierung baulich notwendig ist, der aber auch den zunehmenden Verkehrsströmen nicht mehr gewachsen ist. Daneben gibt es eine Reihe von weiteren „Sanierungskandidaten“.

Daher ist es notwendig, dem Stadtrat o.g. Überblick zu geben.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Hans Podiuk, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Manuel Pretzl, Stadtrat

Mario Schmidbauer, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 30.12.2010

Einbürgerungsverfahren in München beschleunigen

Antrag

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Das KVR stellt das derzeitige Verfahren zur Einbürgerung dar. Es wird dargelegt, wie lange ein Einbürgerungsverfahren mindestens bzw. höchstens dauert. Weiterhin wird dargelegt, welche Unterlagen für eine Einbürgerung in München notwendig sind. Das KVR stellt auch dar, ob Einbürgerungsverfahren in anderen Bundesländern den gleichen erhöhten Anforderungen genügen müssen – und welche Bearbeitungszeiten dort für ein Einbürgerungsverfahren angesetzt werden. Es wird dargelegt, welche Erleichterungen es bezüglich der Vorlage von Unterlagen für AntragstellerInnen mit Flüchtlingsstatus gibt.

2. Die Einbürgerungsstelle wird zu einer Servicestelle die verdeutlicht, dass Einbürgerung erwünscht ist. Entsprechend wird diese Stelle gestaltet und beworben.

3. Das Kreisverwaltungsreferat entwickelt organisatorische Überlegungen, wie die einzelnen Einbürgerungsverfahren beschleunigt werden können. Dies soll ohne Personalzuschaltung, bzw. falls mehr Personal notwendig erscheint, durch Personalumschichtung erfolgen.

4. Um eine Beschleunigung zu erreichen, wird mit den am Einbürgerungsverfahren beteiligten städtischen und staatlichen Stellen ein Runder Tisch „Beschleunigung der Einbürgerungsverfahren“ eingerichtet. Insbesondere sollen dort die Voraussetzungen für die Hinnahme von Mehrstaatlichkeit diskutiert werden.

Begründung:

Einbürgerung ist als klares Bekenntnis zu den hier gültigen Regeln und Gesetzen parteiübergreifend gewünscht. Dennoch stellt sich der Vorgang der Einbürgerung auch bei Vorliegen aller erforderlichen Unterlagen oft als langwierig und mühsam heraus. Es kommt häufig vor, dass die ersten Unterlagen schon wieder veraltet sind, wenn die letzten vorzulegenden Unterlagen endlich akzeptiert werden. Das hat oftmals Gründe, die in der Person des Einbürgerungswilligen liegen, – aber oftmals auch in der Bearbeitung durch die Einbürgerungsstelle und die Beteiligten anderer Behörden.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Da insgesamt der Gedanke vorherrscht, dass eine Einbürgerung keiner Eile bedarf, da eine lange Dauer des Einbürgerungsverfahrens für die MigrantInnen keine Nachteile bedeuten würde, dauern Verfahren zwischen sechs Monaten und zwei Jahren – oftmals länger.

Es ist zwar richtig, dass alle Einbürgerungswilligen mindestens über eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis verfügen – Nachteile entstehen evtl. aber doch: Sie können nicht an Wahlen teilnehmen; für Flüchtlinge bestehen Reiseeinschränkungen da sie über keinen Pass verfügen; es kann geschehen, dass sie während des Einbürgerungsverfahrens ihren Flüchtlingsstatus durch Widerruf verlieren, und es kann zum Verlust des Arbeitsplatzes kommen.

Das Kreisverwaltungsreferat musste in den letzten Jahren wiederholt Personal einsparen. Dies entsprach den Vorgaben des Stadtrates und war der Finanzlage geschuldet. Dennoch muss ein Mindestmaß an Bürger -und Servicefreundlichkeit möglich sein. Wenn – wie im letzten Jahr geschehen – alleine der Zeitraum bis jemand nur seinen Antrag ABGEBEN darf, bei mehr als drei Monaten liegt, kann dies nicht mehr als Bürger- und Servicefreundlichkeit angesehen werden.

Es ist uns bewusst, dass Einbürgerung ein komplexer Vorgang ist, der nicht alleine in der Zuständigkeit des Kreisverwaltungsreferates liegt und der durch eine Reihe von Vorgaben zur Terrorismusbekämpfung noch komplexer und schwieriger gestaltet wurde.

Dennoch muss auch und gerade beim Thema Einbürgerung von Seiten der Verwaltung deutlich gemacht werden, dass Einbürgerung gewünscht ist. Aus diesem Grund muss die Abteilung Einbürgerung eine echte Servicestelle werden, die dies durch Aufmachung, Auftreten und Bearbeitungszeiten auch deutlich macht.

Um alle anderen zuständigen Behörden einzubinden, die beim dem Versuch die Bearbeitungszeiten zu verkürzen ebenfalls beteiligt werden müssen, schlagen wir die Einrichtung eines Runden Tisches *Beschleunigung der Einbürgerungsverfahren* vor und bitten das KVR bei den anderen beteiligten Stellen zu erfragen ob diese zu einer Mitarbeit bereit sind.

In einer Verkürzung und positiveren Gestaltung des Einbürgerungsverfahrens sehen wir eine Möglichkeit den sinkenden Einbürgerungszahlen entgegen zu wirken.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Siegfried Benker
Gülseren Demirel
Dr. Florian Roth
Stadträte/in